Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9421**

21. Wahlperiode 26.11.2026

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rocco Kever, Matthias Rentzsch, Denis Pauli, Johann Martel, Martina Uhr, Kay Gottschalk, Dr. Michael Espendiller und der Fraktion der AfD

Das Projekt „Tropical Timber Trade Facility“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

Die WELT berichtete am 23. Oktober 2026 unter der Überschrift „Und dann verschwanden alle kritischen Sätze aus dem Projektbericht der GIZ“ über Unstimmigkeiten bei der Berichterstattung zu einem von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umgesetzten Projekt sowie über den Umfang der deutschen Zusammenarbeit mit China (vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article6ad9d515d6da4afc148001c5/entwicklungshilfe-in-china-und-dann-verschwanden-alle-kritischen-saetze-aus-dem-projektbericht-der-giz.html).

Im September 2026 hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über seinen Instagram-Auftritt erklärt, die klassische bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit China sei bereits 2010 beendet worden. Verbleibende Mittel würden unter anderem einzelnen zivilgesellschaftlichen Vorhaben zugutekommen. Laut WELT (s. o.) führte die GIZ jedoch 30 China-bezogene Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 82 Mio. Euro auf, darunter Vorhaben zur kohlenstoffarmen Verkehrswende und zur Steigerung chinesischer Klimaambitionen. Dem Bericht zufolge beschäftigte die GIZ 87 Mitarbeiter in China. Für das GIZ-Landesbüro in Peking seien für den Zeitraum von 2021 bis 2025 rund acht Millionen Euro veranschlagt worden.

Das BMZ begründet die weitere Zusammenarbeit mit China laut dem Artikel damit, dass China nicht mehr als Empfänger, sondern als Geber betrachtet werde. Ziele seien der Austausch über Standards der Entwicklungszusammenarbeit, der Klimaschutz, eine stärkere globale Verantwortung Chinas sowie Dreieckskooperationen zugunsten von Drittstaaten, an denen sich China finanziell beteilige. Nach Darstellung der WELT seien in den Unterlagen zum nachfolgend beschriebenen Projekt jedoch keine konkreten finanziellen Beiträge Chinas beziffert worden.

Im Mittelpunkt des Artikels steht das 2023 begonnene GIZ-Projekt „Tropical Timber Trade Facility“, für das ursprünglich rund 14,5 Mio. Euro vorgesehen gewesen seien. Das Projekt soll den legalen und nachhaltigen Handel mit Tropenholz aus Zentralafrika fördern, illegalen Holzeinschlag eindämmen und zum Schutz des Regenwaldes im Kongobecken beitragen. Da China eine bedeutende Rolle im internationalen Tropenholzhandel spielt, ist die Zusammenarbeit mit chinesischen Behörden für die Umsetzung des Vorhabens wesentlich.

Das Projekt geriet 2024 demnach ins Stocken, weil chinesische Behörden keine konkreten Zusagen zur Umsetzung gemacht hätten. Eine ursprüngliche Fassung des Projektfortschrittsberichts habe die fehlende politische Zustimmung Chinas

thematisiert und festgehalten, dass die chinesische National Forestry and Grassland Administration (NFGA) Fragen zum Zeitpunkt einer Genehmigung ausgewichen sei. Zudem sei darauf hingewiesen worden, dass weitere chinesische Ministerien zuständig sein könnten und die chinesische Seite einen klareren Nachweis des Mehrwerts gegenüber Aktivitäten anderer Geber verlangt habe.

Diese kritischen Passagen seien aus der späteren Fassung des Berichts entfernt worden. Auch der Risikohinweis „Weitere Verzögerung der politischen Zustimmung in VR China“ sei aus einer internen Risikobewertung gestrichen worden. Ein von der WELT zitierter GIZ-Insider habe die Entfernung nahezu sämtlicher kritischer Einschätzungen als ungewöhnlich bewertet.

Die GIZ erklärte gegenüber der WELT, sie habe das BMZ stets über alle relevanten Sachverhalte, Risiken und mögliche Anpassungsoptionen informiert. Zugleich berichtete die Zeitung über interne GIZ-E-Mails, in denen auf die hohe Bedeutung des Projekts für den damaligen BMZ-Staatssekretär Jochen Flasbarth verwiesen worden sein soll. Sinngemäß sei intern geäußert worden, es sei nicht sinnvoll, kritische Punkte und Risiken im Fortschrittsbericht aufzuführen, da Argumente für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit China benötigt würden.

Die geschilderten Vorgänge werfen bei den Fragestellern Fragen nach der Vollständigkeit der Projektberichterstattung, der Kontrolle durch das BMZ, der tatsächlichen Mitwirkung Chinas und der Wirtschaftlichkeit des deutschen Mitteleinsatzes auf. Die Bundesregierung muss darlegen können, welche Kenntnisse ihr über die Projektprobleme vorlagen, wie mit dokumentierten Risiken umgegangen wurde und welche Ergebnisse mit den eingesetzten Haushaltsmitteln erzielt werden konnten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann und auf welchem Wege wurde das BMZ über die Schwierigkeiten des Projekts und die fehlende politische Zustimmung chinesischer Stellen informiert?
2. Welche kritischen Passagen und Risikohinweise wurden zwischen der ursprünglichen und der endgültigen Fassung des Projektfortschrittsberichts gestrichen oder verändert?
3. Wer veranlasste die Streichung der kritischen Passagen und Risikohinweise aus dem ursprünglichen Projektfortschrittsbericht, welche Personen waren an der Entscheidung beteiligt und auf welcher Grundlage wurde die Streichung angeordnet oder genehmigt?
4. Wurde das BMZ über die Änderungen und die Entfernung des Risikohinweises zur verzögerten politischen Zustimmung informiert, und wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der GIZ, das Ministerium stets über alle relevanten Sachverhalte unterrichtet zu haben?
5. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von den im WELT-Artikel beschriebenen internen E-Mails zur politischen Bedeutung des Projekts für den damaligen Staatssekretär Jochen Flasbarth?
6. Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung die Berichterstattung beeinflusst, um die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit China zu rechtfertigen, und welche Erkenntnisse liegen hierzu vor?
7. Welche konkreten Zusagen machten chinesische Behörden für das Projekt, welche wurden bislang erfüllt und welche Gründe wurden für die ausbleibende oder verzögerte politische Zustimmung genannt?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

8. Welche chinesischen Behörden oder Ministerien mussten der Umsetzung zustimmen, und welche Schritte unternahm die GIZ, um die erforderlichen Genehmigungen zu erhalten?
9. Welche Bedingungen stellte die chinesische Seite hinsichtlich des Mehrwerts des Projekts gegenüber Aktivitäten anderer Geber, und wie wurden diese bei der weiteren Projektplanung berücksichtigt?
10. Welche Alternativen zur Fortführung des bisherigen Projektansatzes wurden angesichts der ausbleibenden chinesischen Zusagen geprüft, und warum wurde das Projekt gegebenenfalls fortgesetzt oder angepasst?
11. Welche konkreten Ziele und messbaren Ergebnisse wurden für das Projekt vereinbart, welche wurden bislang erreicht und wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Projektverlauf?
12. Wie viel der ursprünglich vorgesehenen rund 14,5 Mio. Euro wurde bislang ausgegeben, ausgezahlt oder vertraglich gebunden, und welche finanziellen Auswirkungen hatten die Verzögerungen?
13. Welche finanziellen oder sonstigen Beiträge hat China für das Projekt verbindlich zugesagt und tatsächlich geleistet, und weshalb werden laut WELT in den Projektdokumenten keine konkreten chinesischen Finanzierungsbeiträge beziffert?
14. Welche nachweisbaren Fortschritte erzielte das Projekt bei der Bekämpfung illegalen Holzeinschlags, der Förderung nachhaltiger Tropenholzlieferketten und dem Schutz des Regenwaldes im Kongobecken?
15. Wie erklärt die Bundesregierung die im Artikel genannten 30 Chinabezogenen Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 82 Mio. Euro vor dem Hintergrund der Aussage, die klassische bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit China sei 2010 beendet worden (vgl. Vorbemerkung)?
16. Welche Ziele verfolgen die China-Projekte zur kohlenstoffarmen Verkehrswende, zur Steigerung chinesischer Klimaambitionen und zur Zusammenarbeit mit China als Geber, und anhand welcher Kriterien wird ihr Nutzen bewertet?
17. Bei welchen der genannten China-bezogenen Projekte beteiligt sich China finanziell oder durch konkrete Eigenleistungen, und in welcher Höhe belaufen sich diese Beiträge?
18. Wie viele Mitarbeiter beschäftigte die GIZ laut den im WELT-Bericht genannten Angaben in China, welche Aufgaben nehmen diese wahr und welche tatsächlichen Kosten entstanden für das Landesbüro in Peking im Zeitraum von 2021 bis 2025?
19. Nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung über die Fortführung, Anpassung, Aussetzung oder Beendigung von GIZ-Projekten, wenn politische Zusagen eines Partnerstaates ausbleiben oder vereinbarte Ziele nicht erreicht werden?
20. Welche unabhängigen Evaluierungen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen oder sonstigen Kontrollen wurden zum Projekt „Tropical Timber Trade Facility“ durchgeführt oder sind geplant, und welche Ergebnisse liegen gegebenenfalls vor?
21. Welche Verfahren bestehen, um Beschäftigte der GIZ vor Nachteilen zu schützen, wenn sie auf unvollständige Berichterstattung, unzureichend dokumentierte Risiken oder mögliche politische Einflussnahme hinweisen?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

22. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass bei der Zusammenarbeit mit China Projektrisiken vollständig dokumentiert, die Mitwirkung chinesischer Partner nachvollziehbar belegt und deutsche Haushaltsmittel anhand überprüfbarer Ergebnisse bewertet werden?

23. Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den im WELT-Artikel geschilderten Vorgängen für die künftige Finanzierung, Kontrolle und Berichterstattung bei GIZ-Projekten mit China?

Berlin, den 12. November 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333